

Position

Adultismus als erste erlebte Diskriminierungsform junger Menschen erkennen und Strategien zur umfassenden Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen entwickeln

Der Landesjugendring hat in seiner Satzung das Ziel formuliert, sich gegen die Diskriminierung junger Menschen sowie für umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen einzusetzen. Zur Umsetzung dieses Zieles wird sich der Landesjugendring mit dem Thema Adultismus intensiv beschäftigen und zur Vollversammlung 2021 dazu ein Positionspapier vorlegen, das mögliche Strategien auf dem Weg zu einer wachsenden strukturellen Gleichberechtigung junger Menschen in der Gesellschaft beschreibt.

Begründung:

Der Begriff Adultismus beschreibt die Machtungleichheit zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen und infolge dessen die Diskriminierung jüngerer Menschen allein aufgrund ihres Alters. Der Begriff leitet sich von dem englischen Wort „adult“ („Erwachsene“) und der Endung -ism oder -ismus (als Kennzeichnung eines gesellschaftlich verankerten Machtssystems) ab.

Adultismus wird in der Fachliteratur als die erste erlebte Diskriminierung eines Menschen bezeichnet und basiert auf der Einstellung von Erwachsenen, Kinder bzw. Jugendliche seien aufgrund ihrer mangelnden Lebenserfahrung (noch) nicht so kompetent oder intelligent wie sie selbst. Das hierdurch bestehende Machtungleichgewicht zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen wird durch Traditionen, Gesetze und Alltagshandeln untermauert. Vielen Menschen ist diese Form der Diskriminierung nicht bewusst, weil sie als gegeben betrachtet und durch soziale Institutionen kultiviert wird.

Adultismus drückt sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen aus wie in herabsetzender Sprache, alltäglichen physischen und psychischen Grenzüberschreitungen, dem Machtgefüge in Familien, im mangelnden Respekt, in der Stigmatisierung bestimmter Altersgruppen oder in fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten und -rechten in Schule und Politik.

Junge Menschen können in den wenigsten Fällen über die sie existenziell betreffenden Angelegenheiten entscheiden oder zumindest mitentscheiden. Die Orte des Aufwachsens und Lernens wie Kita, Schule, Familie werden in den zentralen Fragen von Erwachsenen bestimmt. Aktuell besonders deutlich wurde dies auch im Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise. Kinder und Jugendliche waren durch die Schließung aller Bildungs- und Freizeiteinrichtungen hochgradig betroffen. Eine Beteiligung junger Menschen an diesen Beschlüssen fand nicht statt, ebenso wenig wie eine öffentliche Diskussion zu den sozialen und psychischen Auswirkungen der massiven Einschränkungen. Auch die – lange fehlenden - Strategien zu einer Wiederöffnung der Angebote für junge Menschen wurden nicht dem gesellschaftlichen Stellenwert junger Menschen gerecht,

Eine Vielzahl an Untersuchungen weist nach, dass fehlende Beteiligungsmöglichkeiten in den zentralen Lebensfeldern, an politischen Entscheidungen oder im kommunalen Umfeld zunehmend von jungen Menschen

kritisiert werden, zumal die politischen Entscheidungsträger*innen die Themen und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen nur unzureichend aufgreifen. Somit erfahren sie, dass ihre Stimme nicht ernst genommen wird und ihre Ansichten keine oder weniger Bedeutung haben als die der Erwachsenen. Aufgrund der von Erwachsenen dominierten Gesellschaft gibt es kein öffentlich wahrnehmbares selbstbewusstes Agieren (eine Ausnahme bildet die aktuelle Jugendbewegung „Fridays for future“, die dadurch einen entsprechenden Hype in der öffentlichen Wahrnehmung erlangt).

Von Expert*innen wird die These vertreten, dass Adultismus die Wurzel und Grundlage für andere diskriminierende Einstellungen und Handlungsweisen bildet. So haben Menschen aufgrund ihrer Adultismuserfahrungen die Tendenz, Diskriminierungen überhaupt zuzulassen, sie zu akzeptieren oder selbst auszuüben.

Das Thema Adultismus hat allerdings bisher wenig Eingang in den deutschsprachigen Diskriminierungsdiskurs gefunden. Auch ist die Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres Alters bislang noch wenig erforscht.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz sieht es daher im Sinne einer Interessenvertretung junger Menschen als dringende und notwendige Aufgabe an, das Thema Adultismus, seine gesellschaftlichen Auswirkungen auf junge Menschen und mögliche Strategien zu einer umfassenden Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen intensiv zu beraten und in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Beschlossen durch die 113. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 25.06.2020.